

AMNESTY INTERNATIONAL

PRESSEERKLÄRUNG

12. Dezember 2018

Iran: Höchste Regierungsmitglieder verdrehten die Wahrheit über die Gefängnismassaker 1988!

Nach Veröffentlichung des Berichtes über die dreißigjährige Kampagne der Fehlinformation über die Massaker von 1988 durch die iranischen Behörden, veröffentlichte Amnesty International heute ein Interview, festgehalten auf [a video](#) von 1988. Es zeigt den damaligen iranischen Ministerpräsidenten, Mir Hossein Mousavi, wie er diese Straftaten gegen die Menschlichkeit leugnet und die Wahrheit verdreht.

Das Video ist erschienen als Antwort auf eine öffentliche Debatte, angefacht durch die Veröffentlichung des Berichtes über das Ausmaß der Informationen von Mir Hossein Mousavi und seine Regierung über die Massentötungen zwischen Ende Juli und Anfang September 1988. Es bewertet die offizielle Kampagne zur Verheimlichung der Wahrheit über das Geschehene.

Dieses Interview wurde erstmals von einem österreichischen Sender am 13. Dezember 1988 ausgestrahlt. Mousavi wird über die Hinrichtungen befragt. Und er antwortete „Wir unterdrückten sie nur“, ohne auf den Inhalt der Frage einzugehen, er vermied, die Massenhinrichtungen zu erwähnen. Stattdessen kritisierte er den bewaffneten Angriff der Volksmujaheddin vom Juli 1988. Die Gruppierung kämpfte zu der Zeit im Irak. Mousavi war offensichtlich bemüht, die Hinrichtungen als legitime Reaktion auf den bewaffneten Angriff hin darzustellen.

„Das Interview von Mir Hossein Mousavi mit dem österreichischen Sender ORF zeigt, dass er unverschämt mit einer falschen Darstellung Propaganda betreibt, so wie es andere Mitglieder der Behörden 30 Jahre lang taten. Sie verheimlichen die Wahrheit über die gewaltsamen Verschleppungen und Hinrichtungen ohne Urteil von mindestens 5000 politischen Oppositionellen. So wollten sie systematisch die politische Opposition ausschalten“, sagte Philip Luther, Abteilungsleiter für den Nahen Osten und Nordafrika von Amnesty International.

Viele Jahre lang haben sämtliche iranischen Behörden versucht von den Massentötungen abzulenken, indem sie immer wieder auf den Angriff der Volksmujaheddin im Juli 1988 hinwiesen. Die Massentötungen stellten sie als eine notwendige Maßnahme gegen weitere Angriffe dar.

Die gewaltsamen Verschleppungen und die Tötungen ohne Gerichtsurteil stellen unter dem internationalen Recht Straftaten dar, die unter keinen Umständen gerechtfertigt werden können. Auch konnten die Behörden nie erklären, wie tausende von Gefangenen aus den Hochsicherheitsgefängnissen heraus mit den Volksmujaheddin außerhalb des Landes kommuniziert haben könnten oder wie sie in die bewaffnete Auseinandersetzung verwickelt sein konnten. Überlebende Tatzeugen bestätigten, dass die Gefangenen, die zwischen Juli und September 1988 verhört wurden, nie nach geheimen Absprachen mit den Volksmujaheddin (PMOI) befragt wurden. Die Massenexekutionen betrafen nicht nur Gefangene mit Beziehungen zur PMOI, unter den Opfern waren viele Linke und kurdische Oppositionelle.

Die Einlassungen der Regierung von Mousavi gehen im Hinblick auf das Verschweigen der Tötungen weit über das Interview hinaus. Nachdem seit September 1988 die Massenhinrichtungen internationale Aufmerksamkeit erregten, leugneten die führenden Politiker und Diplomaten diese in den Medien ab und schotteten die Verantwortlichen dafür vor den Gremien der UN ab.

AMNESTY INTERNATIONAL

Die in die Hinrichtungen verwickelten Regierungsmitglieder waren der damalige Innenminister, Abdollah Noori, der damalige Außenminister Ali Akbar Velayati, die stellvertretenden Außenminister Mohammad Hossein Lavasani und Manoucher Mottaki und der Vertreter bei den UN in Genf, Sirous Nasseri. Dann der ständige Vertreter bei den UN in New York, Mohammad Jafar Mahallati und die iranischen Geschäftsträger Mohammad Mehdi Akhoundzadeh in London und Mohammad Ali Mousavi in Ottawa.

Der Bericht von AI ergab bei den Regierungsmitgliedern eine pauschale Verleugnung der Massaker mit der Anmerkung, alles dort Erwähnte sei nur Propaganda, oder auch, die Getöteten seien auf dem Schlachtfeld gefallen. Gegenüber den Organen der UN gaben sie an, dass die erwähnten Hingerichteten überhaupt nicht existierten oder dass sie im Ausland seien, studierten, im Gefängnis oder eines natürlichen Todes verstorben seien.

„Die Täter bei den Massakern sind nicht die einzigen Personen, die belangt werden müssen. Verantwortlich sind auch die, die fortwährend den Aufenthaltsort der Opfer nicht bekanntgaben und zu dem Klima der Geheimnistuerei beitrugen,“ sagte Philip Luther.

Der Bericht von AI benennt die Hauptverantwortlichen für die Massentötungen, darunter auch den derzeitigen Justizminister, Alireza Avaei, seinen Amtsvorgänger, Mostafa Pour Mohammadi und die Justizbeamten Ebrahim Raisi, Hossein Ali Nayyeri und Morteza Eshragi und andere.

Verleugnung der Massentötungen

Seit 2009 ist Mir Hossein Mousavi Führer der Opposition. Gefragt nach den Gefängnismassaker von 1988 antwortet er gar nicht oder er behauptet, seine Regierung habe davon nichts erfahren. So versucht er seine Fehler zu rechtfertigen und vermeidet, die damaligen Vorgänge öffentlich zu kritisieren.

Amnesty International hat jedoch Dokumente, dass die Organisation wiederholt ihre Bedenken äußerte, auch vor den führenden Mitgliedern der Regierung von Mousavi, besonders gegenüber dem Justizminister Hassan Ebrahim Habibi und dem Außenminister Ali Akbar Velayati. Schon am 16. August appellierte AI an Regierungsstellen wegen der fortlaufenden Hinrichtungen. Zwischen dem 16. August und dem 22. Dezember 1988 gab AI 17 Urgent Actions wegen der Massentötungen heraus. Zehntausende von Appellen haben damals die iranische Regierung und ihre Botschaften im Ausland erreicht. In der Sache gab es am 13. Dezember 1988 eine Presseerklärung.

„Trotz Konfrontation mit diesen Beweisen über die Straftaten, verfehlte die Regierung von Mousavi, gegen die Massenhinrichtungen vorzugehen und Untersuchungen durchzuführen. Das ist im Zusammenhang mit den grotesken Verleugnungen der Wahrheit absolut beschämend,“ sagte Philip Luther.

Mir Hossein Mousavi hat das brutale Vorgehen der iranischen Justiz selbst erfahren, als er 2011 unter Hausarrest gestellt wurde, zusammen mit seiner Frau und dem Oppositionsführer Mehdi Karroubi. AI hat sich wiederholt für seine Freilassung eingesetzt.

Alle früheren und jetzigen Verantwortlichen für die Geheimhaltung der Massentötungen haben Blut an den Händen. Sie, die die Wahrheit verdrehten, müssen sich den Forderungen der zerstörten Familien stellen. Diese fordern Wahrheit und Gerechtigkeit und die Enthüllung sämtlicher Informationen über die Tötungen und den Ort, wo die Opfer liegen,“ sagte Philip Luther.

(Werner Kohlhauer: Unautorisierte und leicht gekürzte Übertragung der Koordinationsgruppe Iran. Es gilt das englische Original.)